

# **Antrag der Enercity AG auf Bewilligung einer Grundwasserentnahme nach § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) aus dem Fuhrberger Feld durch die Wasserwerke Elze-Berkhof und Fuhrberg mit den Fassungen Lindwedel, Berkhof und Fuhrberg**

## **Bekanntmachung**

Die Enercity AG hat bei der Region Hannover die Erteilung einer Bewilligung nach § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zur Grundwasserentnahme in Höhe von **41,0 Mio. m<sup>3</sup>/a** für die öffentliche Wasserversorgung beantragt. Diese soll aus den in den Gemarkungen Lindwedel (Samtgemeinde Schwarmstedt), Berkhof (Gemeinde Wedemark), Jeversen (Gemeinde Wietze), Wietze (Gemeinde Wietze), Wieckenberg (Gemeinde Wietze) und Fuhrberg (Stadt Burgwedel) befindlichen Brunnen erfolgen.

Da sich das Verfahren auch auf Flächen des Landkreises Celle und des Landkreises Heidekreis erstreckt, ist es zweckmäßig, dass das Verfahren einheitlich von einer Behörde durchgeführt wird. Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz hat die Region Hannover hierzu als zuständige Behörde bestimmt.

Die Region Hannover führt daher gemäß § 9 Nds. Wassergesetz (NWG) sowie § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ein Anhörungsverfahren entsprechend § 73 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und § 21 UVPG durch, in der die Öffentlichkeit entsprechend zu beteiligen ist.

Die Antragsunterlagen werden nach den Vorgaben des Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (PlanSiG) in der Zeit vom

**06.11.2023 bis 05.12.2023 (einschließlich)**

auf der Internetseite der Region Hannover [www.Hannover.de](http://www.Hannover.de) unter [www.bekanntmachungen.region-hannover.de](http://www.bekanntmachungen.region-hannover.de) veröffentlicht. Darüber hinaus werden die Antragsunterlagen gem. § 20 UVPG im zentralen Informationsportal über Umweltverträglichkeitsprüfungen in Niedersachsen unter <https://uvp.niedersachsen.de/portal/> veröffentlicht.

Zudem liegen die Unterlagen bei der Unteren Wasserbehörde, Region Hannover, Fachbereich Umwelt, Raum 213, Wilhelmstr. 1, 30171 Hannover öffentlich aus. Eine Einsicht der Unterlagen ist nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter 0511/616-23930 oder 0511/616-22925 möglich.

Zusätzlich liegen die Antragsunterlagen an folgenden Stellen während der jeweiligen Dienststunden mit unterschiedlichen Auslegungszeitpunkten zur Einsicht aus:

Stadt Burgwedel, Fuhrberger Straße 4, 30938 Burgwedel  
Gemeinde Isernhagen, Bothfelder Straße 29, 30916 Isernhagen  
Stadt Langenhagen, Marktplatz 1, 30853 Langenhagen  
Stadt Neustadt a. Rbge., Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.  
Gemeinde Wedemark, Fritz-Sennheiser-Platz 1, 30900 Wedemark

Landkreis Celle, Trift 27, 29221 Celle  
Gemeinde Hambühren, Versonstraße 7, 29313 Hambühren  
Gemeinde Wietze, Neue Mitte 1-3, 29323 Wietze  
Gemeinde Winsen, Am Amtshof 5, 29308 Winsen

Landkreis Heidekreis:

Standort Soltau, Harburger Straße 2, 29614 Soltau und

Standort Bad Fallingbostal, Vogteistraße 19, 29683 Bad Fallingbostal

Samtgemeinde Schwarmstedt, Am Markt 1, 29690 Schwarmstedt

Einwendungen gegen die beantragte Bewilligung können bei der Region Hannover, Fachbereich Umwelt, Team 36.29 (Gewässerschutz Ost) Hildesheimer Straße 20, 30169 Hannover und bei den oben genannten Auslegungsstellen schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden. Die Äußerungsfrist endet einen Monat nach Ablauf der Frist für die Auslegung der Unterlagen.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für das Vorhaben alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Es wird darauf hingewiesen, dass auf Verlangen der Einwenderin oder des Einwenders deren oder dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden sollen, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Bewilligungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Die mit einer Stellungnahme verbundenen personenbezogenen Daten werden bei der Region Hannover gespeichert und verarbeitet. Informationen zum Umgang mit den Daten können Sie der den ausgelegten Antragsunterlagen beigefügten Datenschutzerklärung entnehmen.

Anschließend wird die Region Hannover einen Erörterungstermin mit den Behörden, die Stellungnahmen abgegeben haben und den Betroffenen, die Einwendungen erhoben haben, durchführen.

Hannover, den 26.10.2023

REGION HANNOVER

Der Regionspräsident

Im Auftrag

Lange